

INHALTSANGABE

0. Erich Frister Vom Preis der Demokratie	11
1. Herbert Enderwitz Die gleichwertige Ausbildung für alle Lehrer: eine gesellschaftliche Notwendigkeit	13
2. Die Forderungen, Thesen und Argumente der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Reform der Lehrerausbildung	17
2.1. Grundsätze für ein Lehramtsgesetz Beschluß des Hauptvorstandes vom 30. 9. 1972	17
2.2. Thesen zur Gleichwertigkeit und Gleichrangigkeit der Lehrertätigkeit Beschluß des Hauptausschusses vom 12. 5. 1973	18
2.3. Erwin Voigt Über die Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Studiums der Grundschullehrer	21
2.4. Thesen zur Reform der Lehrerausbildung Beschluß des Hauptvorstandes vom 22. 9. 1973	30
2.5. Die Auseinandersetzung um die Lehrerausbildung seit 1970 - in Dokumentationen und Stellungnahmen erarbeitet vom Referat D (Ausbildung) der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (13. 10. 1973)	42
2.6. Stellungnahme zur Ausbildungskonzeption des Arbeitskreises der Länder für Besoldungsfragen, September 1973 Referat D (Ausbildung) v. 25. 9. 1973	59

2.7. Stellungnahme zum „Modell für die Ausbildung und Besoldung des Stufenlehrers“.	
Stellungnahme zum Vorschlag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft v. 6. 11. 1973	
Referat D (Ausbildung) v. 16. 11. 1973	66
2.8. Antrag des Hauptvorstandes zur Lehrerausbildung für die Vertreterversammlung 1974 in Mainz	69
2.9. Vorläufige Stellungnahme zum Bericht und Vorschlag der gemeinsamen Kommission der Konferenz der Innenminister, Kultusminister und Finanzminister der Länder zur Neuordnung der Lehrerausbildung und der Lehrerbeseoldung. Stand April 1974.	
Referat D (Ausbildung) v. 14. 4. 1974.	74
3. Der Blick zurück	
Dokumente und Daten aus 125 Jahren	78
3.1. Vom Jahre 1848 bis zum Ende des Ersten Weltkrieges	78
3.1.1. Die Zielsetzung: Aus der TIVOLI-Erklärung der Allgemeinen Lehrerversammlung in Berlin, am 26. 4. 1848	78
3.1.2. Die Unterdrückung des Fortschritts: Aus der Preußischen Regulative von 1854	78
3.1.3. Die Gegenwehr der Lehrerschaft	80
3.1.3.1. Forderungen der 3. Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung 1898 in Breslau	80
3.1.3.2. Forderungen der 6. Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung 1904 in Königsberg	81
3.1.3.3. Forderungen der Allgemeinen Deutschen Lehrerversammlung 1914 in Kiel	81
3.2. Die Weimarer Republik	81
3.2.1. Der erste Durchbruch	81
3.2.1.1. Die Verfassung des Deutschen Reiches v. 11. 8. 1919, Art. 143 Abs. 2	81
3.2.1.2. Forderungen des Deutschen Lehrervereins 1919 in Berlin	81

3.2.1.3. Die Reichsschulkonferenz 1920: Aus der letzten Fassung der Leitsätze „Lehrerbildung“ 9. Ausschuß	82
3.2.1.4. Aus: Die Neuordnung der Volksschullehrerbildung in Preußen. Denkschrift des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung (1925)	82
3.2.2. Keine reichseinheitliche Lösung, das föderale Prinzip setzt sich durch	82
3.2.2.1. Die Universitätslösung	82
3.2.2.2. Die preußische Lösung: Pädagogische Akademie	84
3.2.2.3. Der alte Zustand: Lehrerseminare	87
3.2.3. Die Forderungen der Lehrerschaft: 1924 Aus der Denkschrift des Preußischen Lehrervereins 1924: „Die Neugestaltung der Lehrerbildung“	87
3.3. Der Rückschlag: Lehrerbildung 1933—1945	88
3.4. Der Kampf um die gleichwertige Ausbildung für alle Lehrer nach 1945	88
3.4.1. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23. 5. 1949, Art. 5 Abs. 3	88
3.4.2. Wichtige Entschließungen der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände bzw. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Lehrerbildung zwischen 1949 und 1969	89
3.4.3. Die Mauern werden niedriger	91
3.4.3.1. Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen. Aus dem Gutachten zur Ausbildung von Lehrern	91
3.4.3.2. Die Universitäten sagen zuerst „nein“, dann „jein“	93
3.4.3.2.1. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz 1958 Stellungnahme anläßlich der Errichtung der hessischen „Hochschulen für Erziehung“	93
3.4.3.2.2. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz am 29. 6. 1963 Leitsätze zur Lehrerbildung	93

3.4.3.2.3. Votum der Westdeutschen Rektorenkonferenz zur Lehrerbildung, 22./23. 10. 1963	94
3.4.4. Die Entwicklung in den Bundesländern	95
3.4.4.1. Die Universitätslösung	95
3.4.4.1.1. Hamburg	95
3.4.4.1.2. Hessen	96
3.4.4.1.3. Bayern	97
3.4.4.1.4. Bremen	98
3.4.4.2. Die eigenständigen Pädagogischen Hochschulen	99
3.4.4.2.1. Baden-Württemberg	99
3.4.4.2.2. Berlin	100
3.4.4.2.3. Niedersachsen	101
3.4.4.2.4. Nordrhein-Westfalen	102
3.4.4.2.5. Rheinland-Pfalz	103
3.4.4.2.6. Saarland	104
3.4.4.2.7. Schleswig-Holstein	105
3.4.5. Das Tauziehen um die Reform nach 1969	106
3.4.5.1. Der Bundestag drängt auf eine sachgerechte und gleichmäßige Gestaltung der Lehrerausbildung am 26. 2. 1969 (1. Bes.-VNG)	106
3.4.5.2. Die Reform gewinnt Boden	106
3.4.5.2.1. Deutscher Bildungsrat. Empfehlungen der Bildungskommission. Strukturplan für das Bildungswesen vom 13. 2. 1970	106
3.4.5.2.2. Aus dem Bildungsbericht '70 der Bundesregierung S. 82 und 83	107
3.4.5.2.3. Vorschläge der Bundesassistentenkonferenz zur integrierten Lehrerausbildung vom 7. 2. 1970	108

3.4.5.2.4. Der Einigungsversuch der Kultusminister. „Entwurf einer Rahmenvereinbarung über Lehrerbildung und Lehrerbeseoldung“ (Frankenthaler Beschlüsse) v. 8./9. 10. 1970	109
3.4.5.2.5. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz nimmt Stellung. Zu den Grundsätzen einer Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz über die Harmonisierung der Lehrerausbildung und -beseoldung Erklärung der 84. Westdeutschen Rektorenkonferenz Bonn-Bad Godesberg, 3. November 1970	112
3.4.5.3. Die CDU/CSU erhebt Widerspruch Besonderes Votum der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein zur Frage der Lehrerbildung	113
3.4.5.4. Aus einem Entschließungsantrag des Bundestages an den Bundesrat v. 4. 3. 1971	114
3.4.5.5. Ein neuer Anlauf Die Übereinkunft der SPD-Kultusminister zur gegenseitigen Anerkennung von Lehramtsprüfungen vom 23. 10. 1972	114
3.4.5.6. Die Gegner der gleichberechtigten Ausbildung und Beseoldung formieren sich	115
3.4.5.6.1. Bayern geht auf Gegenkurs Aus dem Kommentar zum „Grundkonzept der Lehrerbildung“ von Staatsminister Prof. Hans Maier	116
3.4.5.6.2. Aus dem Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Beseoldungsrechts in Bund und Ländern (29. 3. 1974)	116
3.4.5.6.3. Der Bildungsgesamtplan weicht der Entscheidung aus (15. 6. 1973)	117
3.4.5.6.4. Aus einem Entwurf „Zur Ausbildung und Beseoldung des Stufenlehrers“ (Arbeitskreis der Länder für Beseoldungsfragen September 1973)	118
3.4.5.6.5. Aus dem Entwurf des Lehrerausbildungsgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 20. 11. 1973	120

3.4.5.6. Aus dem Dohnanyi-Papier: der ungenügende Kompromiß (6. 11. 1973)	121
3.4.5.7. Die Bundesregierung gibt den schwarzen Peter an die Länder zurück. Beschluß vom 12. 12. 1973	123
3.4.5.8. Finanzdiktat gegen Reform: Bericht und Vorschlag der gemeinsamen Kommission der Konferenzen der Innenminister und Finanzminister der Länder zur Neuordnung der Lehrerausbildung und der Lehrerbesoldung. Stand April 1974.	124
4. Anmerkungen	152